ZEITSCHRIFT DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN

Februar 2005

Thüringen Liberal

Jahrgang 3
Ausgabe 2

NPD erobert erste Seiten

von Patrick Kurth, Generalsekretär

Zwölf Abgeordnete und zahlreiche offene und stille Sympathisanten haben ihre Freude: Ganz Deutschland starrt schreiend, mahnend, fordernd, abwehrend oder offensiv - aber immer öffentlich auf die NPD. Mahner und Mahnende finden sich zu Hauf und verweisen auf den ersten Seiten unserer Zeitungen, dass den Rechtsextremen kein Podium geboten werden dürfe und/oder dass man sie politisch stellen müsse. Obgleich sich die Frage stellt, wie beides – „kein Podium“ und „politisch stellen“ durchführbar ist, hat doch die NPD eines geschafft: Sie hat ihren Fuß in den Medien. Und zwar nicht irgendwo, sondern in den Leitmedien auf Seite eins.

Die NPD übernimmt die Meinungsführerschaft. Beispiel Dresden. Eine Stadt soll und muss der Schmerzen gedenken, die ihr in den letzten Kriegstagen zugefügt wurden. Sie soll sich erinnern an das Leid und die Ursachen des Leides - auch der eigenen Schuld. Die NPD ist es, die diesen Gedenktag für sich

Gutmenschen und Gutmeinende gehen in die Fänge der NPD

auszunutzen weiß. Und Politiker, Medien, Gutmenschen und Gutmeinende fallen darauf rein, gehen der NPD in die Fänge und arbeiten ihr zu. Sie verschaffen der NPD ein unhörbares, ein unglaubliches Podium. Denn die Zeitungen, die Nachrichten, die Kommentare und die Reaktionen verweisen allesamt immer und immer wieder auf den NPD-Demonstrationszug, der im Vergleich zur Teilnehmerzahl der Gedenkfeier doch eher kläglich ist. Wer denkt noch an Tausende Tote, an Krieg, Elend und Verbrechen, wenn ein paar tausend (lebende) Rechtsextreme provozieren. In den Nachrichten ging es längst nicht mehr um das Grauen im Zweiten Weltkrieg. Es ging um die NPD und was gegen sie unternommen oder nicht unternommen wurde. Die Zerstörung Dresdens schmolz allenfalls zum Aufhänger. Die NPD fand jedenfalls in jeder Zeitung ihren Platz. Hobby– oder Berufspolitiker, Geschäftsführer oder Pressesprecher wissen, wie schwer und oft verzweifelnd, desillusionierend oder einfach nur demotivierend es sein kann, trotz intensiven Mühens nicht den Sprung in die Zeitung zu schaffen. Dieses Gefühl kennt die NPD derzeit nicht. Sie schafft es, durch kleine Provokationen in alles, was sich Medien nennt, zu platzieren: Von der Hallo am Sonntag Zeitung bis in die FAZ, von der „lustigen“ Radio-Morgenshow bis zu den Tagesthemen. Die NPD ist präsent. Dies gipfelt sogar in Vorschlägen, die Gedenkfeier zum 8. Mai vor das Brandenburger Tor zu verlegen, weil dort eine NPD-Demonstration angemeldet ist. Wie moralisch arm ist Deutschland, wenn Bundesregierung, der Bundestag als Volksvertretung aller Deutschen und gar der Bundespräsident über das Stöckchen der NPD springen. Sie tun es nicht, mit Recht.

NPD übernimmt Meinungsführerschaft

Anders ein Rotary-Club in Sachsen. Der hatte Jörg Friedrich, einen anerkannten Historiker in Sachen Bombenkrieg eingeladen, um über diesen zu sprechen. Man lud ihn wieder aus. Schließlich sei die NPD derzeit so stark und man wolle .nichts tun, um Ärger zu erregen. Die NPD wird's freuen, für Demokraten ist so ein peinliches Vorgehen beschämend.

Die NPD lebt davon, stark geredet zu werden. Was sie braucht, ist Öffentlichkeit, Öffentlichkeit, Öffentlichkeit. In die Tiefe gehende Beschäftigung mit alltäglichen politischen Fragen könnte ihre Inkompetenz aufzeigen. Vielleicht sogar unterschiedliche Ansichten, die internes Streitpotential beinhalten. Daran ist bereits die DVU in Sachsen-Anhalt gescheitert. In Brandenburg stellte kürzlich ein DVU-Parlamentarier die Frage, ob nicht aufgrund des immensen Ärztemangels auf dem Brandenburger Ländle nicht wenigstens ausländische Fachkräfte angeworben werden könnten. Das kann man Eigentor nennen oder auch einen Schritt nach vorn.

Die NPD lebt davon, stark geredet zu werden

Die NPD indes schafft es auf die ersten Seiten der Zeitungen - sogar auf Seite 1 der *Thüringen Liberal*.

Kommentar

Keine Schnellschüsse

von Jörg van Essen, MdB

Die immer neuen Vorschläge für eine Verschärfung des Versammlungsrechts führen in eine politische und verfassungsrechtliche Sackgasse. Wenn Rot-Grün so weiter macht, ist ein erneuter Triumph der NPD in Karlsruhe vorprogrammiert. Rot-Grün ist dringend aufgerufen, endlich die Hinweise von Experten ernst zu nehmen, dass das bestehende Versammlungsrecht ausreiche, um gegen extremistisch ausgerichtete Versammlungen vorzugehen. Die Verschärfung des im Kern seit Jahrzehnten unveränderten Versammlungsrechts ohne Anhörung und innerhalb nur einer Woche steht für eine beispiellose Missachtung des Parlaments, für Hilflosigkeit und Chaos. Rot-Grün handelt fahrlässig und, was den 8. Mai 2005 anbetrifft, ohne Not. Schon nach geltendem Recht ist es vollkommen ausgeschlossen, dass die NPD am Brandenburger Tor oder am Holocaust-Mahnmal einen Aufmarsch unter dem Motto „Schluss mit dem Schuldkult“ durchführen kann. Die FDP ist nicht bereit, in einem parlamentarischen Schnellverfahren wesentliche Grundsätze der Versammlungsfreiheit über Bord zu werfen.

Jörg van Essen ist der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.

In dieser Ausgabe

.....Seite 2

Programmatisches .....Seite 3

Wahlen in den Kreisen .....Seite 4 + 5

Wirtschaftsliberalismus .....Seite 6 + 7

Aphorismen, Aphorismen .....Seite 8

Mitteldeutschland, Sparpolitik und Kreisgebiete

(pak) Mit nicht wenigen Veranstaltungen läuteten die Thüringer Liberalen das neue Jahr ein. Neben den traditionellen Feierlichkeiten zum Neujahrsempfang und zum politischen Aschermittwoch gingen auch die Gremien an die Arbeit. Fast alle Kreise wählten ihre Vorstände, auf Landesebene sorgten Vorstand und Parteirat für neue Impulse schließlich markiert der Landesparteitag im März einen wesentlichen Punkt für die Herausforderungen 2006 und darüber hinaus.

In diesem Zeichen stand bereits der Neujahrsempfang, der traditionell in Jena stattfand. Zukunftsland Mitteldeutschland – so die Quintessenz der Redebeiträge. Führende FDP-Politiker sprachen sich für mitteldeutsche Impulse bis hin zu einem Zusammenschluss der entsprechenden Länder aus. Unter dem Beifall der etwa 200 Anwesenden bekräftigte FDP-Landeschef Uwe Barth seinen Vorschlag zu einem gemeinsamen Schulsystem in den drei mitteldeutschen Ländern. Er hob die Notwendigkeit von mehr Einheitlichkeit im bundesweiten Bildungssystem hervor. Mitteldeutschland könne durch gemeinsames bildungspolitisches Handeln Thüringens, Sachsen-Anhalts und Sachsens zum Vorreiter für Gesamtdeutschland werden. Auch Jenas Oberbürgermeister Dr. Peter Röhlinger erklärte, dass sich Jena der mitteldeutschen Impulse bewusst sei. Mit Verweis auf die Leipziger Olympiabewerbung, sagte Röhlinger, dass Jena an dem mitteldeutschen Gedanken weiter festhalte. „Das Olympiaprojekt war ein mitteldeutsches Projekt, über einzelne Landesgrenzen hinaus. Daran werden wir weiter arbeiten.“, so der Oberbürgermeister. Er verwies auch auf neue Anforderungen an Kreis- und Landesgebietsgrenzen.

Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Dr. Horst Rehberger bekräftigte die herausragende Bedeutung einer mitteldeutschen Kooperation. Langfristig schloss er die Notwendigkeit einer Länderfusion nicht aus.

Derber ging’s traditionell zum Politischen Aschermittwoch in Erfurt zur Sache. Klartext sprach der Gastredner Günter Richter, Thüringer Chef des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft, als er die Bundesregierung scharf angriff. Man dürfe sich über fehlende Arbeitsplätze nicht wundern, wenn überbordende Bürokratie jegliches unternehmerisches Engagement behindere. Der Landesregierung warf Richter vor, ihren rigiden Sparkurs auch auf Kosten des Mittelstandes umzusetzen. Landeschef Uwe Barth griff die jüngsten Aussagen von CDU-Generalsekretär Mike Mohring auf. Dieser hatte erklärt, dass der Freistaat ab 2010 keine neuen Schulden aufnehmen wolle. „Schon wieder verspricht die CDU den Wählern die Realisierung von Zielen, deren Einlösung erst nach der nächsten Landtagswahl ansteht.“, sagte Barth und bezeichnete die Aussagen Mohrings als „Taktik der ungedeckten Schecks.“

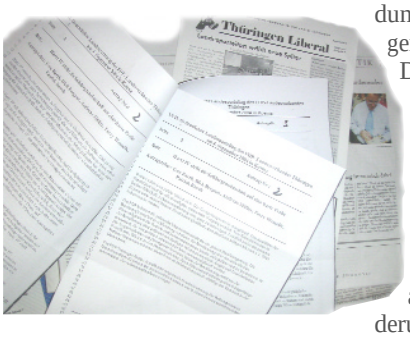
Gerade der ungedeckte Scheck - und zwar zu Lasten der Kommunen - war Mittelpunkt der VLK-Mitgliederversammlung. Der Verband hatte Jürgen Gnauck, den Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes, als Gastreferenten eingeladen. Dieser, bekannt als ein Kämpfer gegen den aktuellen Haushaltsentwurf mit seinem großen Finanzbelastungen für die Kommunen, klärte über Einzelheiten auf. In sehr lebhafter Diskussion übte Gnauck deutliche Kritik an der Regierungslinie. Die Kommunen, die in den vergangenen Jahren im Gegensatz zum Land drastische Einsparungen durchgeführt hätten, stünden vor dem Kollaps, würde der Haushalt beschlossen. Gnauck und die VLK waren sich einig, dass nicht die Kommunen die Fehler der Landesregierung ausbaden könnten. Die in aller Regel ehrenamtlichen Kommunalpolitiker äußerten heftige an der Landesregierung, die es nicht verstanden habe, ihrer Politik eine klare Richtung zu geben. „Es hat den Anschein, dass ehrenamtliche Politiker die Probleme ausbaden müssen, die Hauptamtliche zu verantworten haben.“, sagte FDP-Landeschef Uwe Barth.

Gnauck (m.) flankiert vom VLK-Vorstand Bergner, Möller und Burmeister (alle auch FDP-Vorstand) sowie Barth und Kurth (l. und r. - nur FDP-Vorstand)

Programmparteitag? Programmparteitag!

Bericht und Kommentar von Jost Hofmann, Redaktion

Am 12.3.2005 trifft sich die FDP Thüringen in Apolda, um über das zu diskutieren, was diesem Land am meisten Not tut: Programmatische Anstöße für die Reform unseres Vaterlandes. Gott sei Dank sind die langweiligen Personalfragen entschieden und wir können uns dem widmen, was nach Meinung unseres ehemaligen Fraktionsführers aus Jena, Manfred Ludwig, am wichtigsten ist: Sachpolitik. Und es ist auch schon einiges eingegangen in der Parteizentrale. Zwar ist es nicht so viel, wie bei dem denkwürdigen Zusammentreffen in Suhl, aber die Themen haben es in sich. Natürlich war die Satzungskommission wieder eifrig. Und offenbar durchaus kontrovers tätig. Parteitag verkleinern, aber Parteirat vergrößern? Da werden wir zu diskutieren haben. Und über die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge sowieso! Obwohl über eine notwenige und eigentlich unabwendbare Maßnahme nicht so viel Diskussionsbedarf bestehen sollte. Vielmehr haben die Pro-



grammanträge das Zeug, sich intensiv mit Sachpolitik auseinander zu setzen. Da werden so heiße Eisen angefasst wie Kreisgebietsreform und verbotene Gentests. Auch ambitionierte Entwürfe sind dabei: Der Bildungsausschuss fordert ein einheitliches Bildungssystem im Bund, der Wirtschaftsausschuss die Liberalisierung des Energiemarktes. Auch viel Thüringenspezifisches kommt hoch: Vom Krankenhausplan bis zum Erhalt der Gerichtsstandorte.

Der fleißige Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt allein bietet ein breites Spektrum von Themen vom Bürgergeld über die Nachhaltigkeit bis zur Bildungspolitik. Wurde letzteres im Bildungsausschuss etwa nicht genügend erörtert?

Die Antragsteller haben mehrfach darauf hingewiesen, dass mit den Anträgen die Diskussion eröffnet werden soll. Generalsekretär Patrick Kurth sagte z. B., dass er sich zum Thema Kreisgebietsreform auch zehn oder mehr Änderungsanträge vorstellen könne. Rede, Gegenrede, Abstimmung sei bei diesem Thema unangemessen. Die Partei soll diskutieren. Deshalb sind auch die Anträge so konkret wie möglich gestellt worden.

Was sich manche noch mehr gewünscht hätten: Den Finger in die Wunden einer verfehlten Landespolitik zu legen. Denn die katholisch geprägte Althausriege gleicht sehr der Bibelgestalt des Lazarus: Und würde aus dem Aua-Schreien gar nicht mehr herauskommen, trotz modernster Palliativmedizin aus dem Jenaer Klinikum.

Warten wir was noch kommt. Die Messlatte von Suhl (2003) liegt bei 61 Anträgen.

Neues Selbstverständnis für die FDP Thüringen

Ein Diskussionsanstoß von Andreas Möller, stellv. Landesvorsitzender

Die FDP Thüringen hat erfolgreich die Weichen für die inhaltliche und personelle Erneuerung gestellt. Dennoch sind wir noch nicht vollkommen in der Rolle einer außerparlamentarischen Oppositionspartei angekommen.

Bislang haben wir dies eher als Ausnahmesituation und nicht als Abwendung der Wählerinnen und Wähler von der Idee des Liberalismus verstanden. Es ist uns nicht ausreichend gelungen, auf die veränderten Forderungen, aber auch Sorgen der Thüringerinnen und Thüringer einzugehen. Wir laufen daher Gefahr, in der öffentlichen Wahrnehmung langfristig unsere Funktion als politische Alternative einzubüßen.

Ähnlich stand es in den 60er Jahren um die Bundes-FDP, als die Große Koalition diese in die Oppositionsrolle verbannte. Den Liberalen drohte die Bedeutungslosigkeit, da sie als rückwärtsgewandt und funktional gering bedeutend eingeschätzt wurden. Als Antwort hierauf verabschiedete die FDP 1969 die Freiburger Thesen und schuf somit die Voraussetzung für fast dreißig Jahre erfolgreiche Regierungsarbeit.

Unsere Programmatik ist gut, unsere Geschlossenheit im Wahlkampf war es auch. Dennoch konnten wir nicht das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler gewinnen. Es ist uns nicht gelungen, die Frage zu beantworten, warum die FDP im Landtag vertreten sein sollte. Dies kann und muss eine neue strategische Grundausrichtung leisten.

Welche Antworten kann der politische Liberalismus auf die besonderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herauforderungen in Thüringen geben? Sollten wir uns hierbei nicht verstärkt auf unsere sozial-liberalen Konzepte besinnen? Stellen wir uns der Herausforderung. Bitte bringen Sie sich in die Grundsatzdiskussion ein und helfen Sie, ein neues Selbstverständnis für die FDP Thüringen zu entwickeln.

Übrigens ...

Rot-Weiß Erfurt hat seinen Trainer René Müller entlassen. Grund war die anhaltende schlechte Serie des Fußballklubs, der derzeit akut vom Abstieg bedroht ist. Zu Beginn der Saison sah Müller noch hervorragend aus und konnte v.a. in der Öffentlichkeit glänzen. Die Vorgänge erinnern an Thüringen. Auch im Freistaat gab der Trainer ein hervorragendes Öffentlichkeitsbild in der Vorsaison ab. Mittlerweile plagen mit Finanznöte auf Landes- und nicht vorhandenen Haushaltspläne auf Kommunalebene. Der Abstiegsplatz ist sicher. Nur die Entlassung des Trainers ist nicht möglich.

* * *

Apropos Entlassung. Nach dem Motto „Der König ist tot, es lebe der König“ mehren sich im Bundes- aber auch im Landesverband die Stimmen derer, die nach dem Abschied der Generalsekretärin Pieper ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringen. Zum Teil sind es die gleichen Akteure, die vor Wochen noch die Generalin kritisierten und nun ihr Ausscheiden aus dieser Position bedauern. Wie in der FDP üblich scharren die Hufe derer, die sich oder andere für dieses Amt berufen sehen seit Jahren. Mit dem angekündigten Rückzug ist – wie ebenfalls in FDP-Manier – diese Diskussion deutlich leiser geworden.

* * *

Leiser geworden ist man auch nach der fulminanten „Stabilisierung“ bei den Kieler Liberalen. Mit wem sie regieren wollten, sagten sie vor der Wahl nur sehr undeutlich. Mit wem sie nicht regieren werden, nämlich mit den entscheidenden Stimmen der SSW, erklärten sie am Wahlabend. Ob eine langfristige Strategie hinter dieser Vorgehensweise stand, blieb für den Außenstehenden nicht ersichtlich.

* * *

Ersichtlich wurde Anfang des Jahres indes, wohin rot-grünes Wirtschaftstreiben führen kann: Fünf Millionen Arbeitslose, offiziell. Die inoffizielle Zahl unterscheidet sich von Lehrstuhl zu Redaktion. „Keine Experimente (mehr)“ – Man ist geneigt diesen Wahlkampfspruch der 50er zu wiederholen. Doch setzen Experimente Taten voraus, die wiederum nicht ersichtlich sind. *(pak)*

Kreisverbände wählten Vorstände

Zusammengefasst von Vivien Manthey, Landesgeschäftsstelle

Ritzel löst Franke ab

Der Kreisverband Weimarer Land hat Otto Ritzel als neuen Kreisvorsitzenden gewählt und löst damit Dietram Franke in dieser Funktion ab. Zu den Stellvertretern wurden Lutger Schlotzhauer und Wolfgang Kunz gewählt. Wiedergewählt wurde Kreisschatzmeister Hubert Lindner. Franke erklärte, dass er aus der FDP austrete, weiterhin aber liberale Politik betreiben wolle.

Henning wiedergewählt

Einstimmig wurde Martin Henning zum fünften Mal zum Vorsitzenden der FDP-Eichsfeld gewählt. Stellvertreter wurden Peter Zimmermann und Matthias Bollwahn. Henning sagte, dass er den Verband weiterhin „in gutem liberalen Geist" führen werde.

Neuer Chef bei der FDP–Greiz

Die Greizer Liberalen wählten ihren Kreisvorstand. Zuvor zog Kreischef Anton Darburger in seinem Rechenschaftsbericht eine beachtliche Bilanz. Er habe den Kreisverband aus einer schwierigen Situation zu einer schlagkräftigen Truppe geformt, so die Liberalen. Bereits bei Amtsantritt hatte der heute 60-jährige gesagt, dass er zielstrebig den Generationswechsel vorbereiten wolle. Darburger schlug seinen bisherigen Stellvertreter, Dirk Bergner zu seinem Nachfolger vor. Bergner, der zugleich Landeschef der VLK und Mitglied im Landesvorstand ist, wurde einstimmig gewählt. Stellvertreter wurden Dr. Horst Gerber und Jens Zimmer. Schatzmeister blieb der Amtsinhaber Günter Hartmann.

Gera wählt Seyfarth

Frank-Thomas Seyfarth ist der alte und neue Vorsitzende des FDP-Kreisverbandes Gera. Als Stellvertreter stehen ihm Margitta Posselt und Dr. Harald Frank zur Seite. Schatzmeisterin wurde erneut Cornelia Schmidt. Seyfarth blickte auf die positive Entwicklung des Kreisverbandes zurück. In Gera ist man nicht nur auf den Mitgliederzuwachs stolz, sonder konnte einen neuen Ortsverband gründen und Mitglieder in Ortschaftsräte entsenden.

Wahlhelfer Barth im Eichsfeld aktiv. Peter Zimmermann und Matthias Bollwahn freut's.

Bestätigung in Saalfeld - Rudolstadt

In Hoheneiche bestätigte der Kreisverband Saalfeld–Rudolstadt seinen bisherigen Kreischef Volker Weber mit über 90 Prozent. Auch am Posten des ersten Stellvertreters hat sich mit Ecknicht geändert. Die Tätigkeit des zweiten Stellvertreters übt ab sofort Marian Koppe aus.

Nordhausen bleibt offensiv

Zu einer dringenden Diskussion über die Kreisgebietsreform und Länderkooperation mahnte der KV Nordhausen. Man sprach sich für eine deutliche Positionierung der FDP aus. Die Liberalen halten eine Zusammenlegung von Kreisen für unabdingbar. Die Kreismitglieder der FDP Nordhausen bestätigten den Kreisvorstand mit Claus-Peter Roßberg als Vorsitzenden, Franka Hitzing und Marcel Hardrath als Stellvertreter. Ebenso bestätigt wurde Andreas Klaschka als Schatzmeister. Neuer Chef des Nordhäuser FDP-Ortsverbandes ist Stefan Marx.

Thomas Seyfarth stimmt ab

SHK bewahrt Kontinuität

Für sein intensives Engagement ist Kreischef Dr. Dietmar Möller eigentlich schon zur Kommunalwahl belohnt worden. Die FDP im Saale-Holzland-Kreis fuhr das beste Ergebnis aller FDP-Kreisverbände ein. Dennoch war die Wiederwahl Möllers zum Kreisvorsitzenden keine Formalie. Seine beiden Stellvertreter sind die Landtagskandidaten Holger Joseph und Norbert Ortloff.

Kreisverband Erfurt wählte Vorstand

Die Erfurter FDP hat Egidius Arens erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt. Stellvertreterin wurde Ursula Linden, neuer Schatzmeister ist Andreas Möller. Arens betonte in seinem Resümee, dass nach den Turbulenzen bei der letzten Vorstandswahl 2003 sich der Kreisverband erheblich stabilisiert habe. Die Wahlprogramme der Landespartei und des Kreisverbandes seien ausgezeichnet gewesen.

Meininger Manifest vorgelegt

Lutz Recknagel, stellvertretender Landesvorsitzender und bereits letztes Jahr zum Kreischef der FDP-Schmalkalden-Meiningen gewählt, hat seinem Kreisverband das von ihm verfasste „Meininger Manifest für Mensch, Markt und Mittelstand" vorgelegt. Recknagel geht in seinem Papier auf mehr Eigenverantwortung des Einzelnen und weniger Staat ein. Die Leitlinien beschäftigen sich mit dem Recht auf Arbeit (!), sozialen Sicherungssystemen, der Bildungspolitik und dem Mittelstand. Recknagel will das Manifest dem Landesvorstand vorlegen und auf dem Landesparteitag im März beraten lassen.

Traditionspflege bei der FDP Jena

Die Jenaer Liberalen sind sich des 60–jährigen Parteijubiläums bewusst. Ausgerechnet die zahlreich anwesenden Jungen Liberalen stellten einen Antrag zur Traditionspflege liberaler Geschichte in Jena. Bei den Vorstandswahlen wurde Wiese als Kreischef bestätigt. Der FDP-Fraktionschef im Stadtrat, Dr. Reinhard Bartsch, wurde ebenso zum Stellvertreter gewählt wie Jost Hofmann. Schatzmeister bleibt Ingo Reimann.

Volker Ortwig wiedergewählt

Die FDP–Mitglieder des Saale-Orla–Kreises bestätigten ihren Kreischef Volker Ortwig mit 95 Prozent. Ortwig ist auch Bürgermeister der Stadt Saalburg–Ebersdorf. Stellvertreter wurde Marco Rudolph aus Oppurg. Schatzmeister wurde erneut Günter Weidemann.

Mitgliederversammlung in Gotha

Die FDP im Kreis Gotha hat sich für eine

Wahlen in den Kreisen

Die Redaktion gratuliert allen gewählten Mitgliedern der Kreisvorstände sehr herzlich und wünscht für die Arbeit für ihren Kreisverband und im Landesverband alles Gute. Auf den Seiten haben wir eine Auswahl aus den zahlreichen Mitgliederversammlungen im Januar und Februar zusammengestellt. Leider konnten wir nicht alle gewählte Vorständler verzeichnen. Gerade den zahlreichen Ungenannten wünschen wir alle Kraft und viel Engagement.

Liebe Parteifreundinnen und –freunde ,

als Landesvorsitzender danke ich allen Mitgliedern, die mit den vergangenen Vorstandswahlen ihre Legislatur beendet haben und aus den Vorständen ausgeschieden sind. Ich möchte mich bei Ihnen sehr herzlich für Ihre Kraft, Ihr Engagement und Ihren Einsatz für unsere liberale Partei bedanken.

Allen neugewählten und bestätigten Vorstandsmitgliedern danke ich für ihre erneutes Engagement in den nächstem zwei Jahren. Vor allem wünsche ich Ihnen viel Ausdauer aber auch Hartnäckigkeit und Kreativität.

Auf uns kommen verantwortungsvolle und arbeitsreiche Jahre zu. Wir wollen und werden die Aufgaben lösen und unsere Partei in den Kreisen wie auch im Land zu weiteren Erfolg führen. Vor allem aber müssen wir das in uns gesetzte Vertrauen bestätigen.

In diesem Sinne,

Ihr Uwe Barth

Kreisgebietsreform ausgesprochen. Generalsekretär Patrick Kurth sagte, dass der Landesparteitag sich mit diese Frage beschäftigen werde. Auch Möglichkeiten von Länderkooperationen sollen diskutiert werden. Zuvor hatte Kreisvorsitzender Mike Wündsch und Schatzmeister Andreas Kornprobst über die Kreis-FDP berichtet. Der KV freute sich über den Mitgliederzuwachs im letzten Jahr.

Gegen EU–Mitgliedschaft der Türkei

Sehr deutlich lehnte der FDP–Verband Wartburgkreis den Beitritt der Türkei zur EU ab. Kreischef Jürgen Bohn will einen entsprechenden Antrag zum FDP–Landesparteitag vorlegen. Man brauche eine offene Diskussion zu dieser Frage. Jürgen Bohn, ehemalige Wirtschaftsminister, wurde erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt.

Schalla erneut Kreisvorsitzender

Die FDP-Mitglieder des Kreisverbandes Altenburger Land haben einen neuen Kreisvorstand gewählt. Karsten Schalla wurde erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt. Erster Stellvertreter ist Peter Bugar und als zweiter Stellvertreter wurde Daniel Scheidel gewählt.

Neuer Schatzmeister wurde Bastian Schwotzer. Mit der Neuwahl des Kreisvorstandes sollen die Weichen für die weitere politische Arbeit der Liberalen für die nächsten zwei Jahre gestellt werden.

Schwarzmann führt Unstrut-Hainich

Wolfgang Schwarzmann ist neuer Kreisvorsitzender im Kreisverband Unstrut-Hainich. Den Verband führen mit ihm seine Stellvertreter Friedrich-Wilhelm Emmerich und Wolfgang Martin. Ingeborg Wirtz ist Kreisschatzmeisterin. Schwarzmanns langjähriger Vorgänger Dr. Harald Braun, der auf eine sehr erfolgreiche Amtszeit zurückblicken kann, trat nach achtjähriger Amtszeit nicht wieder an.

Untermann erneut Kreischef

Der Kreisverband Sömmerda weiß, was er an dem Kreisvorsitzenden Heinz Untermann hat. Schließlich führte der gestandene Gastwirt seinen Kreisverband mit nicht unbedeutendem Erfolg. Untermann wurde in seinem Amt bestätigt. Heinz Untermann verwies allerdings auf das hervorragende Engagement seines Verbandes und seiner zahlreichen Kommunalpolitiker. Vor allem Peter Liebe habe für eine hohe Anzahl an Neumitgliedern gesorgt. Liebe wurde Kreisvize, ebenso wie Horst Grunert.

Karnstedt bestätigt

Eigentlich wollte Bernd Karnstedt nicht noch einmal als Kreischef antreten. Wer aber so erfolgreich ist, wie Karnstedt, wird gewählt und kann sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Davon gingen die Liberalen im Kyffhäuser aus und gaben dem VG-Chef, dessen Gemeinden durch weit überdurchschnittlichen FDP-Zuspruch glänzen, erneut das Vertrauen. Generalsekretär Patrick Kurth, der bisher Stellvertreter Karnstedts war, schlug den Sondershäuser Ortsgruppenchef Marko Zelmer für den Posten des Kreisvize vor. Damit sei eine gute Aufgabenteilung gewährleistet, so Kurth. Viola Blache ist wieder Schatzmeisterin. Für die kommende Legislatur soll ein guter Nachfolger für Karnstedt aufgebaut werden. Das wird freilich schwer.

Freut sich über erneutes Vertrauen: Eisenachs FDP-Chefin Heike Bahn-Schulz

Eisenach bestätigt Bahn-Schulz

Heike Bahn-Schulz wurde von den Eisenacher Liberalen erneut zur Vorsitzenden des Kreisvorstandes gewählt. Ihr zur Seite stehen künftig Gerald Pilz und Gerhard Lorenz. Neuer Schatzmeister ist Gerhard Möller. Stephan Tiemann wurde Beisitzer. Bahn-Schulz erklärte in ihrem Bericht, dass es der FDP gelungen sei, sich erfolgreich in der Lokalpolitik aber auch landesweit zurückzumelden.

Generalsekretär Patrick Kurth unterstrich das große Engagement der Liberalen. Sie hätten durch sehr unterschiedliche Aktivitäten mit viel Kreativität und Leidenschaft beachtliche Aufmerksamkeit erringen können

(Mitarbeit: *pak*)

Wirtschaftsliberalismus Einst und Heute - Ideale und Auswüchse

(pak) ***Der Todestag des Physikers, Erfinders, Unternehmers und Sozialreformers Ernst Abbe jährte sich am 14. Januar zum 100. mal. Abbe gehörte zu jenen Industriellen, die wussten, dass eine sozial abgesicherte und anständig entlohnte Belegschaft zu einem erfolgreichen Betrieb gehören. Er schaffte bereits frühzeitig soziale Maßstäbe und sah den Unternehmer als ein wichtige Säule im sozialen Gefüge. Heute sind insbesondere Großunternehmen und deren Vorstände in der Kritik. An ihrem schlechten Image haben sie in vielen Fällen zu Recht selbst schuld. ThL stellt auf zwei Seiten die zwei Seiten des Unternehmertums vor.***

Ernst Abbe - Vordenker für sozialen Wirtschaftsliberalismus

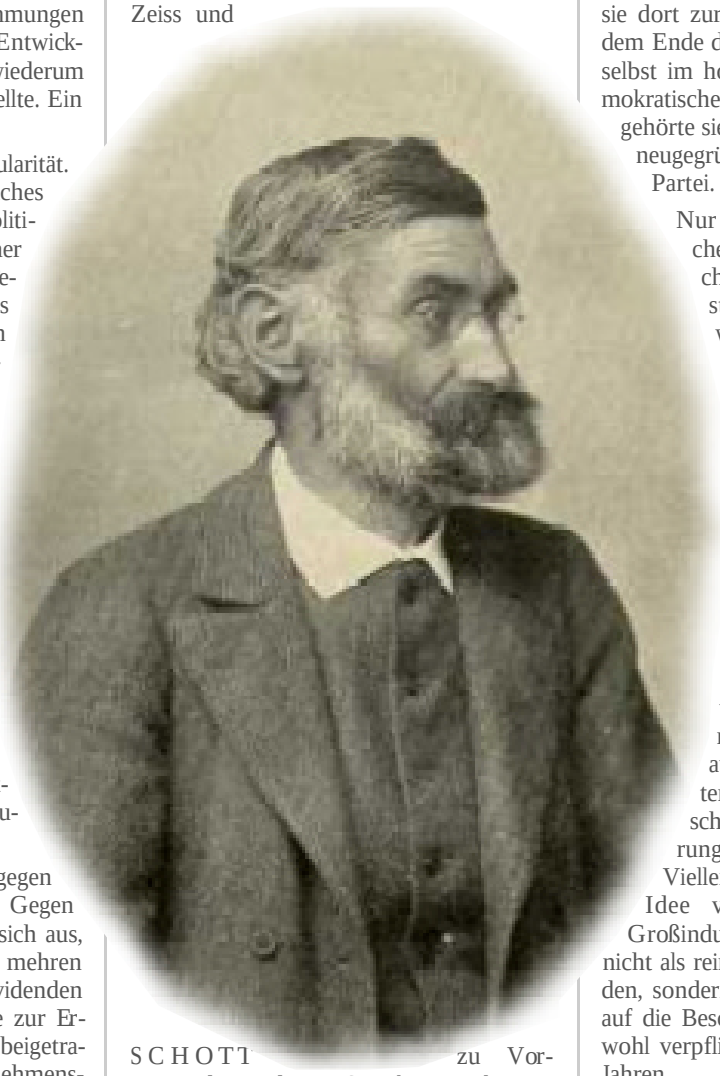
von Patrick Kurth, Generalsekretär

Ernst Abbes wirtschaftlicher Erfolg ist auf das nahtlose Zusammenwirken seiner wissenschaftlichen Errungenschaften mit seinen wirtschaftlichen Unternehmungen zurückzuführen. Forschung und Entwicklung dienten dem Werk, welches wiederum die Finanzen für die Forschung stellte. Ein gegenseitiges Zusammenwirken.

Dies ist ein Grund für Abbes Popularität. Ein weiterer ist sein gesellschaftliches Engagement und seine sozialpolitischen Ideen, mit denen er seiner Zeit weit voraus war. Um den Bestand der Unternehmen Carl Zeiss und SCHOTT unabhängig von persönlichen Eigentümerinteressen zu sichern, gründete Abbe im Jahr 1889 die Carl-Zeiss-Stiftung, die er 1891 zur Alleineigentümerin der Zeiss Werke und zur Miteigentümerin der SCHOTT Werke machte. 1919 übertrug auch Otto Schott seine Anteile am Glaswerk auf die Stiftung. Mit dem Stiftungsstatut von 1896 verlieh Abbe dem Betrieb eine einzigartige Unternehmensverfassung. Damit schuf er eine geniale Unternehmensform, die bis in die Gegenwart, im Wesentlichen in Kraft blieb. Trotz Weltkriege, Diktaturen und den turbulenten Phasen des Wiederaufbaus.

Abbe war für die Stiftung und gegen andere Unternehmensformen. Gegen eine Aktiengesellschaft sprach er sich aus, weil „unter dem Zwang des sich mehren wollenden Kapitals Aktionäre Dividenden und Kursgewinne erwarten, ohne zur Erwirtschaftung dieser Leistungen beigetragen zu haben“. Mit seiner Unternehmensform, der Carl-Zeiss-Stiftung als juristische Person, wollte er keine sozialen Tagträume verwirklichen oder übertriebenen karitativen Zwecken dienen, sondern das Unternehmen sichern. Die Beschäftigten, die für den Unternehmenserfolg Verantwortung tragen, sollten am erwirtschafteten Ergebnis teilhaben. Klassenkampf im Betrieb zwischen Proletariat und Kapitalisten konnte somit keinen Nährboden finden.

Für die Beschäftigten gab es in den Werken Mitspracherechte, bezahlten Urlaub, Beteiligung am Ertrag, ein verbrieftes Recht auf Pensionszahlungen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und von 1900 an den Achtstundentag. Auf diese Weise wurden die Stiftungsunternehmen Carl Zeiss und



SCHOTT zu Vorreitern der modernen Sozialgesetzgebung.

Abbe selbst setzte sich für eine überkonfessionelle und ethisch begründete Kultur- und Bildungsarbeit in der Freizeit seiner Belegschaft und der Jenaer Bevölkerung ein. Neben Carl Zeiß und Otto Schott bot und erwies sich besonders Ernst Abbe als eifriger Förderer von Kunst, Bildung und Erholung für seine Arbeitnehmer. Bis heute ist das Jenaer Volkshaus Beweis für das gesellschaftliche Engagement eines verantwortungsvollen Industriellen mit sozialen Gewissen.

Ernst Abbes Tochter Grete (Margarete) Unrein, geb. Abbe, war Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und gehörte dem Jenaer Stadtrat an. 1932 wählte man sie dort zur zweiten Vorsitzenden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges tat sie selbst im hohen Alter alles, um beim demokratischen Neuanfang zu helfen. So gehörte sie zu den ersten Mitgliedern der neugegründeten Liberaldemokratischen Partei.

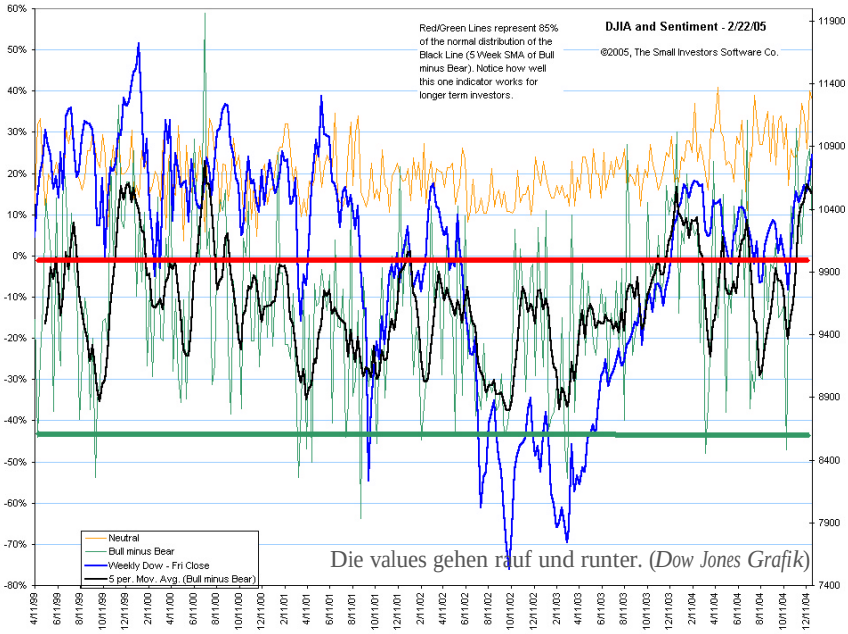
Nur zu bezeichnend ist die Tatsache, dass nach all den ereignisreichen Jahren, die das Stiftungsstatut überlebt hat, nunmehr, wie Berichten zu entnehmen ist, die Unternehmensform verlassen wurde. Zeiss und Schott sind keine Stiftungsunternehmen mehr, sondern Aktiengesellschaften. Dies hatte Stifter Abbe seinerzeit in den Statuten abgelehnt, und zwar „unter keinen Umständen und auf keine Weise“.

Die Ausrichtung von Konzernen auf shareholder value wird umstrittener. Übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Industriestaaten und nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in den Führungsetagen der Unternehmen. Vielleicht wird demnächst auf die Idee von Abbe zurückgegriffen. Großindustrielle Unternehmen dürften nicht als reine Privatsache angesehen werden, sondern würden zu Rücksichtnahme auf die Beschäftigten und das Allgemeinwohl verpflichten, so Abbe vor über 100 Jahren.

Seine damaligen Visionen sind bis heute aktuell. Und sie müssen von der FDP beherzt an die Öffentlichkeit getragen werden. Dabei darf nicht den Konzernen allein der Schwarze Peter zugeschoben werden. Vielleicht trägt auch die Technik– und Unternehmerfeindlichkeit, die Überregulierung und die bremsende Kraft der unternehmerischen Freiheit einen nicht unbedeutenden Anteil an dieser Entwicklung.

Die Westdeutsche Bank

Moderne Ausuferung des Wirtschaftsliberalismus / *von Jost Hofmann, Redaktion*



Die values gehen rauf und runter. (*Dow Jones Grafik*)

Die Sprecher der Deutsche Bank hatten noch nie ein besonderes Gespür für die Empfindlichkeiten des Mannes von der Straße. Konnte bei H. J. Abs die Vorstellung seiner Person („meine Name ist Abs, A wie Abs, B wie Abs, S wie Abs“) noch als Patriarchenallüre der Adenauer-Ära durchgehen, ist es doch sehr verwunderlich, welche Instinktlosigkeiten man sich im Zeitalter wachsender Medienpräsenz leistet.

Hilmar Koppers „Peanuts“-Ausspruch bezüglich unbezahlter Handwerkerrechungen war die markanteste Entgleisung dieser Art. Josef E. Breuers Äußerung über die fragwürdige Bonität des Kirch-Imperiums war geschäftsschädigend für beide, weil der erboste Medienmogul mit gerichtlichen Mitteln zurückschlug. Josef Ackermann aus der Schweiz, einem Land, in dem Nachrichten mittlerweile mit deutschen Untertiteln versehen werden, wollte vorsichtiger sein und übte sich in nonverbaler Kommunikation: Aber die Kluft zwischen den Wütenden und den Mächtigen ist mittlerweile so groß, dass schon ein Victoryzeichen zur falschen Zeit am falschen Ort ausreicht, um die Volksseele zum Kochen zu bringen. Zurecht – denn wer beobachten konnte, wie ehemalige Spitzenmanager in den USA vor Gericht Männchen machen mussten, kann die Kraft der Amerikaner zur Selbstreinigung nur bewundern.

So hat es sich die Deutsche Bank selbst zuzuschreiben, dass ihr angekündigter Stellenabbau in der Öffentlichkeit auf herbe Kritik stößt. Wenn allerdings SPD-Populistinnen aus der zweiten Reihe öffentlich zum Boykott des Geldinstituts aufrufen, betreiben sie eigentlich nur unlauteren Wettbewerb. Denn ihre Kommunalpolitiker sitzen ja zu Hauf in den Aufsichtsräten der öffentlich-rechtlichen Konkurrenz.

Nun gehört es nicht zu den Aufgaben einer liberalen Partei, die Arroganz vieler Spitzenmanager in Großkonzernen zu verteidigen. Hier sollte im Grunde eine viel deutlichere Redimensionierung von Geld und Einfluss erfolgen, als sie bereits in der übrigen Bevölkerung durch Jobverlust, Gehaltsverzicht und/oder Arbeitszeitverlängerung stattgefunden hat. Allerdings muss es in einem Land, wo Banken mehrheitlich in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand sind, erlaubt sein zu fragen, was den Repräsentanten der größten deutschen Geldinstituts bei seinen Sparplänen trotz Rekordgewinn nun eigentlich umtreibt. Der Mann ist ja nicht dumm, sondern nur maßlos überbezahlt, zumindest wenn man die Maßstäbe Ernst Abbes anlegt.

Der Kampf Ackermanns um eine Rendite von 25 Prozent **vor** Steuern hat aber aus seiner Sicht einen sehr realen Hintergrund. Denn konkurrierende Großbanken anderer Länder sind der Deutschen Bank was Marktkapitalisierung und Rendite anbelangt längst enteilt. Ein paar Zahlen mögen dies verdeutlichen: Die größte Bank der USA, die Citigroup ist an der Börse 149 Mrd. Euro wert und hatte einen Nachsteuergewinn von 12,5 Mrd. Euro. In ähnlichen Dimensionen bewegt sich HSBC ein Britisch/chinesisches Agglomerat. Selbst die größte französische Bank weist mit 49 Mrd. Börsenwert und 4,9 Mrd. Euro Nachsteuergewinn noch bessere Kennzahlen auf als das deutsche Spitzeninstitut (38 bzw. 3,1 Mrd. Euro). Da die Marktkapitalisierung im allgemeinen darüber bestimmt, wer wen schluckt, haben die Deutschbanker gegenüber ihren ausländischen Spitzenkonkurrenten schlechte Karten und Ackermann wäre bei einer Fusion seinen Posten los. Außerdem wurde das Renditeziel schlecht kommuniziert. Die Commerzbank macht es da viel geschickter: Sie peilt eine **Nach**steuerrendite von acht Prozent an.

Man muss auch genau hinsehen, wer wegrationalisiert werden soll: Denn Kundenfreundlichkeit und Nähe zum Heimatmarkt in den Mittelpunkt der Strategie zu rücken, kann nicht so verkehrt sein und wird, wenn man es ernst meint, langfristig mit einem Stellenaufbau einhergehen. Im Ausland jedenfalls sollen ja auch Stellen von Investmentbankern wegfallen. Jener parasitäre Kaste also, die in jüngster Vergangenheit durch die Forcierung von Firmenfusionen und Börsengänge unseriöser Neuer-Markt-Firmen goldene Nasen verdient und Vermögen und Arbeitsplätze vernichtet hat.

Bei unvoreingenommener Betrachtung kann man also der Zielsetzung der Deutschen Bank durchaus für vernünftig halten. Aber das nützt ihr nichts mehr. Im massenmedialen Zeitalter gilt: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich‘s nicht mehr ungeniert.

Veranstaltungshinweis

FDP auf Thüringen Ausstellung

Auch in diesem Jahr ist die FDP Thüringen auf der Thüringen Ausstellung, des Freistaats größter Verbrauchermesse, vertreten. Und auch dieses Jahr warten die Liberalen mit einer ganzen Reihe an Informationen, Preisen, Veranstaltungen und natürlich Diskussionen auf.

Thematisch rückt die FDP ein Thema in den Mittelpunkt: **Braucht Thüringen größere Kreise?** Statt manigfaltiger Fachdiskussion, Sachauswertung allerlei statistischer Daten fragen die Liberalen einfach den Bürger auf der Straße bzw. Messe. In Umfragen und Diskussionen sollen die Meinungen vor Ort ergründet werden. **Beteiligen Sie sich! Besuchen Sie uns!**

FDP Halle 1, Stand C14. **Vom 26. Februar bis zum 6. März, täglich von 10 bis 18 Uhr .** **Wir freuen uns auf Sie!**

Es bleibt literarisch

In der letzten Ausgabe der *ThL* stellte wir der verehrten Leserschaft Hans J. Hoffmann vor. Er blieb uns treu und stellte der *ThL* weitere Werke seiner Kunst zur Verfügung. Deshalb soll ihm auch die letzte Seite dieser Ausgabe überlassen bleiben. Nachfolgend eine Auswahl von Anmerkungen zu aktuelle Ereignissen.

Aphorismen, Aussprüche, Beschimpfungen, Vignetten

Lebensmotto: Man muss alles, was einem passiert, als das Resultat seiner eigenen Handlungen begreifen. *(vor 1998)*

Erste Erkenntnis:
Glück ist momenthaft. *(1999)*

Nach dem Regierungsantritt Gerhard Schröders: „Unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler arbeite ich nicht!“ *(1999)*

Der Mensch hat sich bis zu einem gewissen Grade allein durch seine sechsmilliardenhafte Reproduktion die Würde genommen. Seit drei Generationen medizinischen Fortschritts probieren wir aus, wieviele Menschen auf diese Erde passen. Das ist auch die Wurzel der meisten Umweltprobleme. *(2001)*

Elderly german gentleman answering to an American guy a question about 9/11: „We had a thousand world trade centers.“ *(2002)*

Wie soll man mit Saddam Hussein verfahren? Ihn einfach nach westlichen Maßstäben zu verurteilen scheint mir albern. Aber warum nicht folgendes Prozedere: Man richtet ihn erst durch arabische Richter nach islamischem Recht und dann vor dem europäische Gerichtshof in Den Haag nach westlichen Standards. Das milderer Urteil von beiden wird dann vollstreckt. So befinden wir uns auf jeden Fall auf der sicheren Seite, wenn es um arabische Befindlichkeiten geht. (23.2.2004)
Zusatz 16.01.05: Er könnte sich auch einen von beiden Schuldsprüchen aussuchen.“ Wegsperren für immer“ ist nicht unbedingt die beste Lösung!

Die Wahrheit über die Vergangenheit sagen die Historiker, die Wahrheit über die Zukunft die Narren. Die Wahrheit über die Gegenwart zu sagen, ist gefährlich. *(8.3.04)*

Was so vielen Leuten an Josef Fischer gefällt, ist mir unklar. Wahrscheinlich hängt es damit zusammen, daß er den typisch westdeutschen Traum eines abgebrochenen Studenten vom Taxifahrer zum Außenminister verkörpert. Denn der Weg vom Tellerwäscher zum Millionär bleibt uns ja in diesem überregulierten und technikfeindlichen Land versperrt. *(Juni 2004)*

Als Gerhard Schröder sein berühmtes Nein zum Irakkrieg formulierte, atmete der deutsche Michel hörbar auf und wählte ihn vor lauter Dankbarkeit erneut zum Bundeskanzler. Mit dem Hintergedanken, dass unter der Regierung Stoiber – Westerwelle...
Dabei schließt unser Grundgesetz bereits jede Form von militärischer Intervention aus. Man kann also zurecht konstatieren, Gerhard Schröder hat Fragen beantwortet, die ihm nie gestellt wurden. Der unfähige Staatsschauspieler bekam die Höchststrafe für diesen Wahlbetrug: Regierungsverantwortung! *(Juni 2004)*
Zusatz 16.01.05: Und mausert sich seit kurzem zum akzeptablen Staatsmann, seit ihm der richtige Bundespräsident in den Hintern tritt.
Zusatz 2: 18.02.05: Zusatz 1 wird hiermit gestrichen

Ist Dichten nicht immer Gelegenheitsdichten? Neben anderem (scheinbar) Wichtigerem. Wer nichts anderes macht als Schriftstellerei, besonders als Haupterwerbsquelle, was ist so ein Mensch anderes als eine gut geölte Metaphernmaschine? Die Zeittendenz gefällt mir, dass immer mehr Autoren auftauchen, die vorher lange Zeit etwas anderes gemacht haben und dabei durchaus erfolgreich waren. Modell für die Politik? *(8.11.04)*

Immer öfter wird mir zugetragen, dass in der großen internationalen Politik geheime Kräfte am Werk sein sollen. Insbesondere der amerikanische Präsident wird angeblich de facto nicht gewählt, sondern durch ein geheimen Gremium aus einigen hundert Honoratioren ausgesucht – wie auch immer.
Ich glaube, die Wirklichkeit ist banaler. Um Präsident der USA zu werden sind drei Faktoren wichtig und zwar in ebendieser Reihenfolge:

1. das Charisma der Kandidaten
2. a) die Familie aus der er kommt.
   b) die Frau, die er geheiratet hat.
3. Ob es in der Bevölkerung aufgrund politischer Fehler in der vorangegangenen Amtszeit eine Wechselstimmung vorhanden ist oder nicht.

Kriterien waren bisher immer: Europäischer Abstammung,, Mann, Christ.
Diese Gesetze gelten m.E. mindestens seit Kennedy. Für ihn treffen alle Begründungen zu. Nur so hat es dieser relativ junge katholische Ire geschafft. Johnson wurde wiedergewählt, als Reminiszens an Kennedy. Nixon wurde gewählt, weil die Vietnamkrise als von Johnson verursacht galt. (siehe 3.) Der Grund für Carters Wahl war eine Mischung aus 1., 2b und 3. Wer aber versagt, verliert auch als Gutmensch sein Charisma. Daher seine Abwahl. Reagans Wahl war ebenfalls wieder auf 1., 2b) und 3. zurückzuführen. Clintons Wahl und Wiederwahl basierte auf 1. und 2b). Für Bush waren 1. Und 2a) entscheidend. *(2.1.2005)*

Grafiken: Kurth

Impressum Thüringen Liberal

Hrsg.: Pressestelle der FDP Thüringen

Redaktion: Jost Hofmann, Patrick Kurth, Klaus-Dieter Landgraf

Mitarbeit: Vivien Manthey

Leitung/Gestaltung/Grafik: Patrick Kurth

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen keine Redaktionsmeinung dar.

Fragen/Hinweise/Mitarbeit gern postalisch oder per Mail.

Anschrift der Redaktion: FDP Thüringen - Tschaikowskistraße 34 - 99096 Erfurt
pressestelle-thueringen@fdp.de .